

Initiative und Verein Riebeckstraße 63



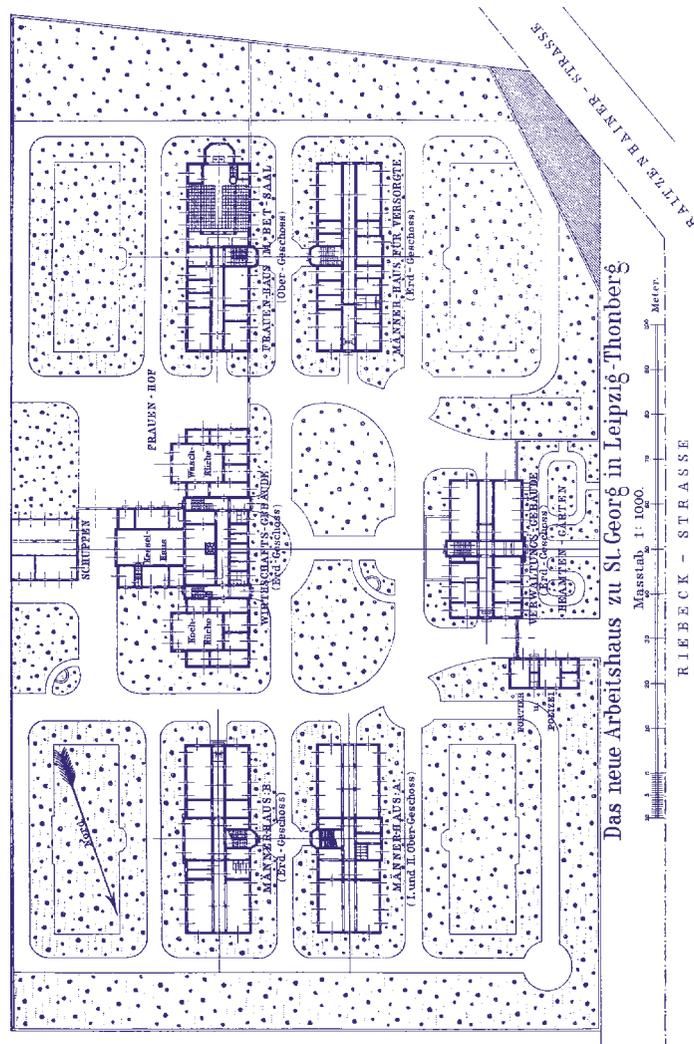
Vereinsdomizil im einstigen Pfortnerhaus der Leipziger Arbeitsanstalt, Januar 2024.
Quelle: Sammlung Riebeckstraße 63 e.V.

Im Gegensatz zu vielen anderen Arbeitshäusern sind die Bauten der Leipziger Anstalt in der Riebeckstraße 63 heute noch weitgehend erhalten. Heute wird das Gelände vom Städtischen Eigenbetrieb Behindertenhilfe (SEB) verwaltet. Neben deren Betriebsleitung und einer Hausmeisterei befinden sich dort eine integrative Kindertagesstätte, eine Gemeinschaftsunterkunft für Geflüchtete sowie ein Wohnprojekt für Jugendliche.

Im Juli 2019 gründeten wir den Initiativkreis Riebeckstraße 63, seit 2021 wird dieser vom Riebeckstraße 63 e.V. juristisch vertreten. Wir können uns mit unserer Arbeit unter anderem auf einen Stadtratsbeschluss von Mai 2018 stützen, durch den die Leipziger Stadtverwaltung den Auftrag erhielt, »in geeigneter Form dauerhaft auf die schreckliche Geschichte des Gebäudekomplexes [...] aufmerksam zu machen«.

Der offene Initiativkreis besteht aus ehrenamtlich engagierten Einzelpersonen, die teilweise bereits seit den 1990er Jahren am Ort aktiv sind. Wir setzen uns für die Etablierung eines aktiven Gedenk-, Lern- und Begegnungsortes in der Riebeckstraße 63 ein. Seit Frühjahr 2022 nutzen wir das ehemalige Pfortnerhaus für Veranstaltungen und Ausstellungen. Durch einen Audio-Rundgang können das Gelände und seine Geschichte eigenständig erschlossen werden.

ABBILDUNG VORDERSEITE Eingangsbereich Riebeckstraße 63, Haus 4 mit Georgsrelief.



Übersichtsplan der Leipziger Arbeitsanstalt in der Riebeckstraße 63.
Quelle: Ernst Hasse, Die Stadt Leipzig in hygienischer Beziehung, Leipzig 1891.

KONTAKT	Riebeckstraße 63 e.V. Riebeckstraße 63, 04317 Leipzig
E-MAIL	initiativkreis@riebeckstrasse63.de
WEBSITE	riebeckstrasse63.de
FACEBOOK	facebook.com/riebeckstrasse63
INSTAGRAM	initiative_riebeckstrasse63
AUDIOWALK	rundgang.riebeckstrasse63.de

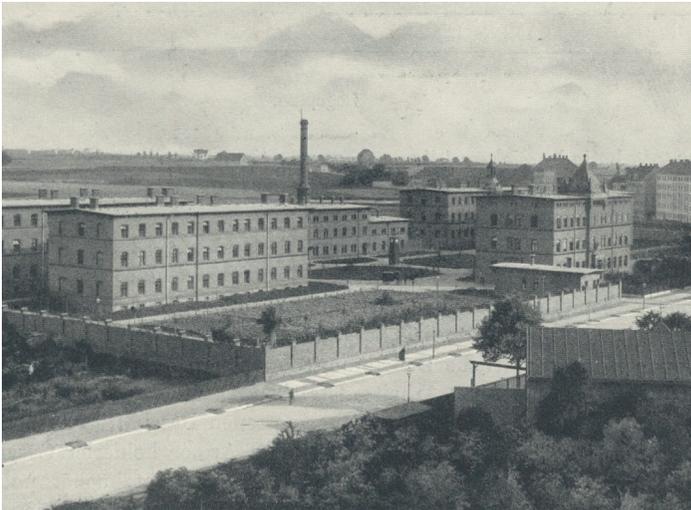
INITIATIVE
RIEBECKSTR63E

Erinnern an Ausgrenzung, Arbeits- zwang & Abweichung



INITIATIVE
RIEBECKSTR63E

Zwangsarbeitsanstalt zu St. Georg ab 1892



Ansicht der Leipziger Arbeitsanstalt, um 1900. Quelle: Christian Jasper Klumker, Deutsche Versorgungsanstalten und Heime für Alte, Sieche und Invalide. Deutsche Armen- und Arbeitsanstalten, Halle (Saale) 1913.

Die Riebeckstraße 63 im Leipziger Südosten war ein zentraler Ort sozialer Ausgrenzung über die politischen Systeme des 19. und 20. Jahrhunderts hinweg. Auf insgesamt 28.000 m² wurde dort 1892 die städtische »Zwangsarbeitsanstalt zu St. Georg« fertiggestellt. Ihre Vorgängerorganisation war das »Georgenhaus zu Leipzig« am Brühl, das bis in die 1870er Jahre als Armen-, Zucht- und Waisenhaus genutzt wurde. Seit den 1880er Jahren wurde die soziale und gesundheitliche Versorgung zwar stärker als staatliche Aufgabe wahrgenommen. Breite Teile der Bevölkerung wurden jedoch von staatlichen Leistungen ausgegrenzt.

In Arbeitsanstalten wie in der Riebeckstraße 63 sollte Pflichtarbeit der »Erziehung« der Insass:innen dienen. Zwangseingewiesen wurden unter anderem Menschen, die durch die Industrialisierung massenhaft arbeits- und obdachlos geworden waren, Bettler:innen sowie unterschiedliche als »Kranke« bezeichnete Personen oder vermeintliche Prostituierte. In dem Gebäudekomplex wurde 1895 auch ein Nachtsyl für Obdachlose eingerichtet.

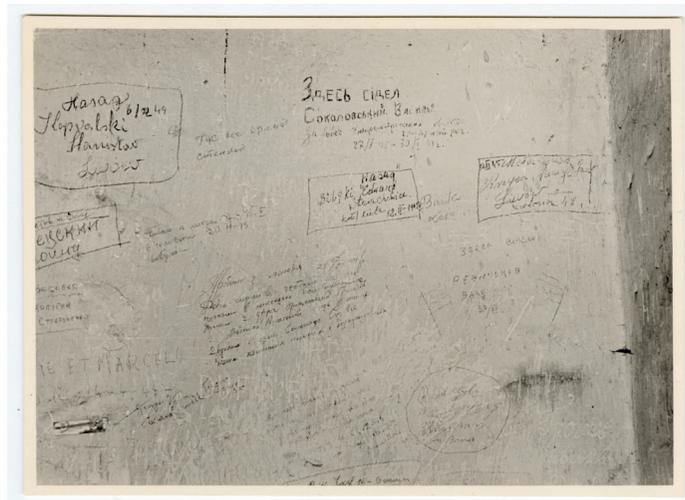
1909 wurde die Einrichtung in »Städtische Arbeitsanstalt« umbenannt, ihre repressive Funktion änderte sich jedoch nicht. Gewalt durch das Anstaltspersonal stand kontinuierlich auf der Tagesordnung. Die Zustände wurden insbesondere in der Zeit der Weimarer Republik häufig skandalisiert, es sei dort »schlimmer als in der Strafanstalt«.

Die Arbeitsanstalt im Nationalsozialismus

In der Zeit von 1933 bis 1945 wurde das Gelände der Riebeckstraße 63 zu einem zentralen Ort der nationalsozialistischen Verfolgungspolitik in Leipzig. Die Polizei wies dort weiterhin Gefangene ein, neu waren insbesondere politische Gegner des Nazi-Regimes. Zahlreiche Verfolgengruppen passierten die Städtische Arbeitsanstalt: Beispielsweise mussten Sinti:ze und Rom:nja dort Pflichtarbeit leisten, um Fürsorgeunterstützung zu erhalten. Besonders als »asozial« und »arbeits-scheu« stigmatisierte Personen wurden in die Arbeitsanstalt zwangseingewiesen.

Bereits ab 1934 fanden rassistische »erb-biologische Untersuchungen« statt, die zu Zwangssterilisationen führten. Mindestens 76 Insass:innen der Städtischen Arbeitsanstalt wurden 1940/41 in Tötungsanstalten wie Pirna-Sonnenstein Opfer von »Euthanasie«-Verbrechen. Das Anstaltsgelände diente 1938 und 1939 mehrmals als Sammel- und Durchgangslager für Jüdinnen und Juden.

Während des Zweiten Weltkriegs bildete die Riebeckstraße 63 das Zentrum für die Verteilung, Kontrolle und Bestrafung von zivilen Zwangsarbeiter:innen in Leipzig. Mindestens 80.000 Menschen passierten das Gelände der Arbeitsanstalt. In einem der Keller befand sich zudem ein »Ausländergefängnis«, wo vor allem nicht-deutsche Zwangsarbeiter:innen eingesperrt wurden. Durch alliierte Bombenangriffe wurden einige Gebäude der Anstalt zerstört, zwei Häuser wurden nach 1945 abgerissen.



Inschriften von Zwangsarbeiter:innen aus den 1940er Jahren an einer Wand im »Ausländergefängnis« der Riebeckstraße 63, Foto nach 1945. Quelle: Stadtgeschichtliches Museum Leipzig / Hans Lindner, Inv.-Nr. F/2022/211.

Die Riebeckstraße 63 in der DDR

Nr.	Eingeliefert am	Einliefernde Behörde	Grund	entlassen nach	entlassen am	Ver-ta
1.	19.6.67	HA/VP	Herumtreiberin ohne Arbeit	n.Hause	12.7.67	

»Herumtreiberin ohne Arbeit« als Einlieferungsgrund in die Riebeckstraße 63, Juni 1967. Quelle: Sammlung Riebeckstraße 63 e.V.

Nach Kriegsende wurde der Gebäudekomplex zunächst zur Unterbringung von ehemaligen Zwangsarbeiter:innen genutzt. 1946 richteten die sowjetischen Besatzungsbehörden das »Fürsorgeheim für Geschlechtskranke Leipzig-Thonberg« ein. Dies bildete die Grundlage für die 1952 in der DDR eröffnete geschlossene Venerologische Station. Sie war ein zentrales Instrument der staatlichen Repression. Mädchen und Frauen wurden dort oftmals ohne gesetzliche Grundlage zwangseingewiesen und gegen ihren Willen täglich gynäkologisch auf Geschlechtskrankheiten untersucht. Venerologische Stationen, im Volksmund »Tripperburgen« genannt, stellten keinen Ort der Genesung, sondern der Disziplinierung und Misshandlung dar. Als »Herumtreiberinnen« stigmatisierte Personen wurden etwa bei Verdacht auf Prostitution von der Polizei eingewiesen. Betroffene dieser Form von sexualisierter Gewalt haben heute Anspruch auf Entschädigung.

Die weiterhin auf dem Gelände befindliche Städtische Arbeitsanstalt wurde 1954 in »Heim für soziale Betreuung« umbenannt. In den 1950er Jahren wurde zudem eine Wohnung im Verwaltungsgebäude für konspirative Treffen der DDR-Staats-sicherheit genutzt. Ab 1971 wurde in der Riebeckstraße 63 eine Außenstelle des Bezirkskrankenhauses für Psychiatrie und Neurologie Leipzig-Dösen untergebracht. Hier war die Versorgung der Patient:innen mitunter katastrophal. Erst nach dem Ende der DDR konnte ein Prozess der Enthospitalisierung durch Aktivist:innen beginnen.